

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 20. Mai 1970

Tagesordnung

1. Wahl der 13 Mitglieder des Nationalrates in den Ständigen gemeinsamen Ausschuß des Nationalrates und Bundesrates gemäß § 9 des Finanzverfassungsgesetzes 1948
2. Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates

Inhalt

Personalien

Entschuldigungen (S. 146)
Ordnungsruf (S. 181)

Geschäftsbehandlung

Richtigstellung des Bundeskanzlers Dr. Kreisky betreffend Beantwortung zu 40/M (S. 160)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten DDr. König (12/M), Dr. Spanocchi (25/M), Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (54/M), Sandmeier (21/M), Zeillinger (57/M, 70/M), Dr. Koren (22/M, 30/M), Meißl (64/M, 66/M), Kostroun (61/M), Mitterer (28/M), Peter (62/M), Tödling (8/M), Robert Weisz (41/M), Glaser (15/M), Preußler (51/M), Melter (53/M, 68/M), Babanitz (65/M), Ing. Helbich (31/M), Staudinger (34/M) und Machunze (36/M) (S. 146)

Ausschüsse

Wahl der Mitglieder in den Ständigen gemeinsamen Ausschuß gemäß § 9 des Finanzverfassungsgesetzes 1948 (S. 160)
Zuweisungen (S. 159)

Wahlen in Institutionen

Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates (S. 161)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kranzlmayr, Dr. Karasek, Glaser und Genossen, betreffend ein Interview des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, das im deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unter dem Titel „Alle Öfen brennen“ in der Nummer 20 der genannten Zeitschrift am 11. Mai 1970 veröffentlicht wurde (27/J) (S. 161)

Begründung: Dr. Kranzlmayr (S. 162)

Mündliche Beantwortung: Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 164)

Debatte: Dr. Karasek (S. 167), Robert Weisz (S. 170), Peter (S. 173), Glaser (S. 174), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 177, S. 181 und S. 184), Dr. Koren (S. 179), DDr. Pittermann (S. 182) und Mitterer (S. 183)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Kranzlmayr, Dr. Karasek, Glaser und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend ein Interview des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, das im deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unter dem Titel „Alle Öfen brennen“ in der Nummer 20 der genannten Zeitschrift am 11. Mai 1970 veröffentlicht wurde (27/J)

Melter, Peter und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend lawinensicherer Ausbau der Bundesstraße 1 im Arlberggebiet (28/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Bahnübergang Bludenz—Bürs (29/J)

Melter, Peter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Urlaubsaushilfen im Postdienst (30/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Postamt in Bregenz-Vorkloster (31/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Güterbahnhof Wolfurt (32/J)

Dr. Koren und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Verhinderung einer Fusion von ÖMV und ÖSW (33/J)

Peter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Ausbau einer zweiten Fernmeldekabelstrecke Linz—Steyr (34/J)

Robak, Müller, Babanitz und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend das Finanzamt Eisenstadt (35/J)

Kriz, Haas und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Zufahrt zur Donaubrücke Krems (36/J)

Dr. Tull, Thalhammer und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Überreichung eines Forderungsprogramms für die öffentlich Bediensteten durch den Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund (37/J)

Robert Weisz, Kosteletzky und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Einstellung von Beamten beziehungsweise Vertragsbediensteten der Verwendungsgruppen A, a sowie B, b im Bundeskanzleramt und bei den dem Bundeskanzleramt unterstehenden Dienststellen (38/J)

DDr. Pittermann, Ströer und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, betreffend Einmischung eines Diplomaten der griechischen Botschaft in österreichische innerstaatliche Angelegenheiten (39/J)

Beginn der Sitzung: 13 Uhr 10 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Ing. Karl Hofstetter, Mayr, Soronics und Ho-rejs.

Fragestunde

Präsident: Wir kommen zunächst zu den in der 4. Sitzung nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen.

Bundesministerium für Unterricht

Präsident: 17. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. König (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Unterricht.

12/M

Sind Sie, Herr Minister, bereit, in Ihrem Ressort durch Schaffung eines eigenen Budgetansatzes die Förderung des Jugendrates für Entwicklungshilfe von den bürokratischen Abwicklungsschwierigkeiten des IKFE zu entlasten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Unterricht **Gratz:** Das interministerielle Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer wurde auf Grund eines Ministerratsbeschlusses im Jahre 1963 gegründet. Aufgabe dieses Komitees, dessen Geschäftsführung bei der Sektion V des Bundeskanzleramtes liegt, ist es, die Anträge der einzelnen Ressorts im Rahmen der Entwicklungshilfe zu prüfen, zu koordinieren und die Genehmigung der Bundesregierung zur Vergabe der Mittel aus der beim Bundesministerium für Finanzen zentral geführten Kreditpost zu erwirken. Die widmungsgemäße Verwendung der bewilligten Mittel wird durch das Bundesministerium für Finanzen geprüft.

Ein Abgehen von dieser Vorgangsweise und die damit verbundene Dezentralisierung der Verwaltung der Entwicklungsgelder bedürfte einer neuerlichen Initiative der Bundesregierung und der Genehmigung der Aufteilung der Kredite durch den Nationalrat im Rahmen der Beschlußfassung über das Bundesfinanzgesetz.

Herr Abgeordneter! Mir persönlich sind aus meiner Tätigkeit als Abgeordneter die Beschwerden der Jugendorganisationen über gewisse bürokratische Hemmnisse bekannt. Ich habe mir vorgenommen, zu prüfen, inwieweit bei Beibehaltung der Zentralisierung und der Koordination der Entwicklungshilfe hier Ab-

hilfe geschaffen werden könnte, um diese bürokratischen Hemmnisse zu beseitigen.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter DDr. **König:** Herr Minister! Heißt das, daß Sie im Sinne Ihrer Ausführungen eine solche Initiative in der Bundesregierung ergreifen wollen, um analog zum Bundesjugendplan auch hier eine reibungslose Abwicklung der Entwicklungshelferaufgaben des Jugendrates für Entwicklungshilfe zu gewährleisten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Gratz:** Herr Abgeordneter! Ich werde das Problem in der Bundesregierung anlässlich der Beratungen des Bundesfinanzgesetzes für das kommende Jahr zur Sprache bringen. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß ich mich persönlich derzeit noch nicht darauf festlegen kann, unbedingt für eine Budgetpost im Bundesministerium für Unterricht einzutreten, weil ich glaube, daß doch berücksichtigt werden muß, daß von einem kleinen Land wie Österreich, das ohnedies keine ungeheuren Beträge für Entwicklungshilfe ausgibt, eine gewisse sinnvolle Koordinierung der Tätigkeit aller Organisationen und auch aller Ressorts notwendig ist.

Präsident: Herr Dr. König.

Abgeordneter DDr. **König:** Durch die Bereitschaft Ihres Vorgängers, im Verein mit dem Finanzminister für 1970 insgesamt 3,25 Millionen Schilling dem Jugendrat für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, war es möglich, bisher 36 Entwicklungshelfer von Österreich aus zu entsenden. Durch die Schwierigkeiten in der verwaltungstechnischen Abwicklung und Einreichung der Projekte im IKFE wurden aber diese Entwicklungshelfer über die ganze Welt zerstreut. Es wäre daher eher im Sinne eines koordinierten Einsatzes gelegen, dies tatsächlich an einer Stelle zu belassen und an einer Stelle durchzuführen.

Ich frage daher, ob Sie auch bereit sind, im kommenden Jahr einen Betrag, der etwa um 4½ bis 5 Millionen liegt, von Ihrem Ministerium aus zu vertreten.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Gratz:** Herr Abgeordneter! Ich möchte mich zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf einen Betrag festlegen, möchte aber eindeutig erklären, daß ich die Tätigkeit des Jugendrates für Entwicklungshilfe sehr hoch schätze, weil ich glaube, daß gerade — ich sagte es bereits — in einem kleinen Land wie Österreich die sinnvolle Verbindung von staat-

Bundesminister Gratz

lichen Geldausgaben mit Initiative von — wie in diesem Fall — Jugendorganisationen die beste Art ist, Entwicklungshilfe zu betreiben.

Ich werde mich daher für eine Möglichkeit der Verstärkung der Tätigkeit des Jugendrates für Entwicklungshilfe einsetzen und darüber hinaus jedenfalls dafür, daß auch für den Jugendrat durch die Koordinierung nicht eine Verzögerung oder eine Verschlechterung seiner Arbeit eintritt.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Bundeministerium für Finanzen

Präsident: Wir kommen nun zur 18. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Doktor Spannocchi (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

25/M

Welche Sofortmaßnahmen auf steuerlichem Gebiet werden derzeit im Bundesministerium für Finanzen vorbereitet?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Unvorgreiflich der zur Begutachtung gelangenden diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen ist beabsichtigt, neben der in der Regierungserklärung angekündigten Progressionsmilderung folgende Maßnahmen ins Auge zu fassen:

eine Milderung der Steuerbelastung bei Überstundenleistung;

eine Erhöhung der Grenze für den amtswegigen Jahresausgleich von 48.000 auf 60.000 S;

eine Erhöhung der Grenze, ab der unselbstständig Erwerbstätige gemeinsam veranlagt werden, von 150.000 auf 200.000 S;

eine Erhöhung des Freibetrages für Nebenverdienste gemäß § 93 Einkommensteuergesetz von 5000 auf 7000 S;

eine Erhöhung des Absetzbetrages für die mittätige Ehegattin von derzeit 15.000 auf 18.000 S;

die Berücksichtigung der Baukostenbeiträge, soweit die Gebäude von Gebietskörperschaften errichtet werden, im Rahmen der Sonderausgaben.

Es handelt sich also im wesentlichen um Maßnahmen, die dazu dienen, Härten zu mildern, die dadurch entstanden sind, daß die Beträge lange Zeit unverändert geblieben sind, und gleichzeitig um Maßnahmen, die uno actu dazu dienen sollen, einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung zu leisten.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Spannocchi.

Abgeordneter Dr. **Spannocchi:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Bitte, sind Sie bereit, mit den Partnern im Finanzausgleich, mit den Ländern und mit den Gemeinden, über Steueränderungen, die zum Beispiel die gemeinschaftlichen Bundesabgaben betreffen, in diesem Fall zu verhandeln?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Ich habe die Absicht, mich an die diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften zu halten.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Spannocchi.

Abgeordneter Dr. **Spannocchi:** Darf ich noch fragen, ob Sie auch bereit sind, diesen beiden Partnern, falls die Steueränderungen Ausfälle bei den Steuereinnahmen bringen, auch Ersatz für die Dauer des geltenden Finanzausgleiches zu leisten.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Der geltende Finanzausgleich ist für entsprechend lange Zeit geschlossen, und es wird im Zusammenhang mit den Gesprächen, die auf Grund des Finanzausgleiches zu führen sind, diese Frage zu erörtern sein.

Präsident: 19. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Oskar Weihs (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

54/M

Wie hat sich der Anteil der Eigeninvestitionen des Bundes am Gesamtbudget in den Jahren 1967 bis 1970 entwickelt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Eigeninvestitionen des Bundes brutto gerechnet einschließlich Landesverteidigung haben sich in absoluten Beträgen von 1967 auf 1970 wie folgt entwickelt: Sie betrugen gemäß dem Rechnungsabschluß 1967 7½ Milliarden und sind im Bundesvoranschlag 1970 mit 9,7 Milliarden präliminiert. Anteilsmäßig bedeutet dies, daß diese Ausgaben im Rahmen des Budgets 1967 10,7 Prozent ausgemacht haben, im Budget 1970 allerdings nur mehr 9,6 Prozent ausmachen.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Weihs.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs:** Heißt das, Herr Bundesminister, daß der Straßenbau, der Schulbau und sonstige Infrastrukturaufgaben schon so weit erfüllt sind, daß dieser Rückgang der Eigeninvestitionen des Bundes gerechtfertigt ist?